

«Wir waren alle unzufrieden»

Alt-Ständerätin Christine Egerszegi lobbyiert in diesen Tagen im Bundeshaus für den Kompromiss zur Reform der Altersvorsorge, den sie mitgeprägt hat. Auch ihren Parteikollegen redet sie ins Gewissen.

Interview: Martin Wilhelm

Letzte Woche haben Sie im Bundeshaus für den ständerätlichen Kompromiss zur Altersvorsorge 2020 geworben, obwohl Sie nicht mehr im Parlament sitzen. Weshalb?

Als Präsidentin der eidgenössischen BVG-Kommission liegt es mir am Herzen, dass die Reform der Altersvorsorge gelingt.

Der Kompromiss, den Sie mitausgearbeitet haben, stösst im Nationalrat auf mässigen Anklang. Sind Sie enttäuscht?

Der Kompromiss ist noch nicht begraben. Ich verweise auf die Finanzkommission des Nationalrats, die den Vorschlag des Ständerats zwar verteuerte, doch darauf hinwies, dass darauf zurückzukommen sei, sollte der Nationalrat keinen eigenen Kompromiss finden.

Wie kam es im Ständerat zu dem Kompromiss?

In der vorberatenden Kommission fällten wir damals erste Entscheide mit sieben zu sechs Stimmen. Mit einer so knappen Mehrheit lässt sich ein so wichtiges Geschäft nicht durchbringen. Urs Schwaller, Paul Rechsteiner und ich suchten danach als Ad-hoc-Arbeitsgruppe nach einer Lösung; später holten wir Alex Kuprecht, Verena Diener und Felix Gutzwiller dazu. Die Kommission nahm unseren Vorschlag schliesslich mit 9 zu 0 Stimmen an. Das bedeutet, dass wir alle unzufrieden waren - aber überzeugt, dass wir einen Weg finden müssen, um den Umwandlungssatz bei der zweiten Säule senken zu können.

Ihre Arbeitsgruppe wollte die Senkung des Umwandlungssatzes mit einer Erhöhung der AHV-Renten um monatlich 70 Franken kompensieren. Wieso?

Uns wurde vorgeworfen, den Gewerkschaften entgegenzukommen. Doch das stimmt nicht. Wir sind immer davon ausgegangen, dass das Rentenniveau zu halten ist, nachdem 2010 eine Senkung des Umwandlungssatzes ohne Kompensation in der Volksabstimmung scheiterte. In der Arbeitsgruppe setzten wir uns das Ziel, eine Lösung zur Kompensation zu finden, die höchstens die vom Bundesrat eingesetzten 3,2 Milliarden Franken kostet. Unser Modell unterbietet diesen Wert mit 2,9 Milliarden Franken.

Ihre Partei schlägt vor, die Reduktion des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule über eine Erhöhung der Beiträge zu kompensieren. Was spricht dagegen?

Unser Modell kommt die Wirtschaft weniger teuer zu stehen. Eine Kompensation allein über die zweite Säule wird Arbeitnehmer und Arbeitgeber insgesamt 0,8 Lohnprozente kosten - die Kompensation über die AHV nur 0,3 Lohnprozente.



Mitinitiantin des ständerätlichen Kompromisses: Christine Egerszegi. Foto: Keystone

Es ist Ihnen aber nicht gelungen, alle von Ihrer Lösung zu überzeugen.

Alle Parlamentarier werde ich nie überzeugen. Ich versuche, eine Mehrheit zu erhalten. Es ist wichtig, dass wir am Ende nicht vor einem Scherbenhaufen stehen. Die Vorlage des Ständerats hat die grössten Chancen, im Parlament und in der Volksabstimmung durchzukommen.

Christine Egerszegi
Alt-Ständerätin

Die Aargauer FDP-Politikerin war von 1995 bis 2007 National- und anschliessend bis 2015 Ständerätin. Als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Soziales prägte sie den ständerätlichen Kompromiss zur Reform Altersvorsorge 2020 mit. Heute präsidiert sie die Eidgenössische Kommission für berufliche Vorsorge, die unter anderem Empfehlungen über den Mindestzinssatz in der beruflichen Vorsorge abgibt. (mw)

Viele Architekten des Kompromisses sitzen heute nicht mehr im Ständerat - Sie, Verena Diener, Urs Schwaller und Felix Gutzwiller sind nicht mehr dabei. Wird der Rat dennoch daran festhalten?

Ich bin überzeugt, dass der Ständerat am Kompromiss festhält. CVP und SP stehen dahinter, und die SVP ist im Ständerat nur marginal vertreten. Bei den Freisinnigen rechne ich damit, dass ihre Westschweizer Vertreter sich dem Kompromiss anschliessen. Eines meiner Ziele war es auch, mit neuen Ständeräten zu diskutieren.

Ihr Parteikollege Bruno Pezzatti hat im Nationalrat den Antrag gestellt, die Frage einer Schuldenbremse als separates Geschäft zu beraten. Was halten Sie davon?

Gar nichts. Es ist nicht so, dass es bei der AHV zwingend eine Schuldenbremse braucht. Die Ausgaben der AHV lassen sich auf Jahre hinaus berechnen. Wir wissen, welche Mittel wir brauchen.

Altersvorsorge

AHV-Zuschuss von 70 Franken?

Der Nationalrat setzt heute die Debatte über die Altersvorsorge 2020 fort, die grosse Reform von AHV und beruflicher Vorsorge. Folgende wichtigen Fragen klärt die Grosse Kammer diese Woche:

● Als Ausgleich für Rentenverschlechterungen in der Zweiten Säule erhöhte der Ständerat die AHV für Neurentner um 70 Franken pro Monat. Die vorberatende Kommission des Nationalrats lehnte mit den Stimmen von SVP, FDP und GLP diesen Zuschuss ab.

● Die vorberatende Kommission will der AHV eine Schuldenbremse verpassen: Sobald der Vermögensstand der AHV einen bestimmten Stand unterschreitet und die Politik nicht rasch genug Gegenmassnahmen beschliesst, erhöht sich das Rentenalter automatisch bis maximal 67 Jahre.

● Bundesrat und Ständerat wollen das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre erhöhen. Dies dürfte auch im Nationalrat eine Mehrheit finden.

● Der rentenbestimmende Umwandlungssatz der beruflichen Vorsorge soll von 6,8 auf 6,0 Prozent gesenkt werden. Offen ist, welche Kompensationsmassnahmen innerhalb der Zweiten Säule beschlossen werden und ab welchem Alter die Versicherten eine Rentengarantie erhalten.

● Der Bundesrat und die vorberatende Nationalratskommission wollen die Witwenrenten für jene Frauen abschaffen, die keine Kinder im betreuungspflichtigen Alter haben. Zusätzlich will die Nationalratskommission auch die Renten für AHV-Rentner abschaffen, die betreuungspflichtige Kinder haben. (br)

Ist es nicht an der Zeit, das ungeliebte Thema Rentenalter 67 anzupacken?

Die jetzige Revision ist nötig, um das Rentenalter der Frauen an jenes der Männer anzugleichen, die Flexibilisierung des Rentenalters zu verwirklichen und den Umwandlungssatz zu senken. Gelingt dies, ist ein erster Schritt zur Sicherung der Altersvorsorge gemacht. Es braucht aber noch weitere Schritte, und bei der nächsten Revision wird das Rentenalter nicht tabu sein. Doch wenn die jetzige Revision misslingt, haben wir wieder fünf oder sechs Jahre verloren - und das dient niemandem.

Was wünschen Sie sich von Ihren Parteikollegen im Nationalrat?

Dass sie einen Schritt machen und die notwendige Revision umsetzen. Kompromisse, wie der Ständerat einen vorschlägt, haben bei der Revision der Sozialwerke Tradition. Mit ihnen kommen wir - wie ich gern sage - im Gänsemarsch zügig voran.